

DKP-Informationen

Nr. 2/2017 - 30. März 2017

8.Tagung des Parteivorstandes 25./26. März 2017

Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

8. Tagung des Parteivorstands der DKP 25./26. März 2017, Essen

Inhalt

- 1.) Zu aktuellen Fragen und den Aufgaben des 22. Parteitages der DKP
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
- 2.) Beratung mit Mitgliedern der Bezirkssekretariate und -leitungen zur
Parteiauseinandersetzung
Referentin: Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP
- 3.) Beschlüsse / Materialien

Tagesordnung

- 1.) Eröffnung und Beschlusskontrolle
- 2.) Fragestunde
- 3.) Ausrichtung des 22. Parteitags der DKP
- 4.) Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
Bundestagswahlen 2017
- 5.) Rechenschaftsbericht 2014
- 6.) Weitere Beschlussfassungen
- 7.) Beratung u.a. mit den Sekretariaten
Referentin: Wera Richter
- 8.) Schlusswort

8. Tagung des Parteivorstands der DKP 25./26. März 2017, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Zu aktuellen Fragen und den Aufgaben des 22. Parteitages der DKP

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

nun erlebt der deutsche Imperialismus hautnah, wie sich Widersprüche und Koalitionen zwischen führenden Imperialismen und Staaten, die Ansprüche als Regionalmächte stellen, auswirken. Die Bundesregierung lässt es dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Erdogan durchgehen, dass er die Kurden im eigenen Land mörderisch bekriegt, weil er geholfen hat, die angeblich offenen deutschen Grenzen dicht zu machen. Sie tut sich schwer damit, seine napoleonischen Ambitionen, die er nach dem Putschversuch entfaltete, einfach so zu dulden. Was Deutschland macht, ist heuchlerisch. Den Kommunisten in der Türkei, der türkischen Arbeiterklasse wünschen wir alle Kraft, um diese Entwicklungen zurückzudrängen und zu stoppen.

Wenn es hilft, Widersprüche der Imperialisten auszunutzen, muss man es tun, wir müssen vor allem die Heuchelei des deutschen Monopolkapitals und seiner Regierung entlarven. Dazu gehört natürlich die Forderung nach der Freiheit des „Welt“-Journalisten Deniz Yücel. Dazu gehört aber vor allem, nicht zuzulassen, dass hinter dieser Frage die Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Kurden verdrängt werden.

Der G20-Gipfel in Hamburg wird spannend. Natürlich, weil wir gemeinsam mit hoffentlich zehntausenden auf der Straße sind, um gegen diese undemokratische Zusammenrottung zu demonstrieren. Es dürfte aber auch spannend werden, weil sich möglicherweise die Risse und Konflikte im Lager der führenden Imperialismen mit aller Deutlichkeit zeigen werden. Anzeichen dafür gab es beim Vorgipfel der Wirtschaftsminister. Dass dort keine gemeinsame Abschlusserklärung zustande kam, ist schon eine weitreichende Neuerung. Wolfgang Schäuble schäumte – aus Sicht des deutschen Monopolkapitals durchaus zu Recht. Hintergrund ist die Weigerung der USA, den sogenannten „freien Handel“ in die Abschlusserklärung aufzunehmen. Das verdeutlichte einmal mehr, dass die Wahl von Donald Trump als US-Präsident wohl auch dafür steht, dass sich dort möglicherweise Kapitalfraktionen durchsetzen, die versuchen, ihre Interessen mit einer protektionisti-

schen Politik zu vertreten. Das wiederum wäre ein Angriff auf die bisherige Krisenbewältigungsstrategie des deutschen Imperialismus, die im Wesentlichen darauf orientiert, mit dem Außenhandelsüberschuss die Ökonomien anderer Länder auszunehmen.

Die USA sind unter den nationalen Märkten für die deutschen Exporteure immer noch mindestens der drittgrößte Absatzmarkt. Der Export in die EU hingegen könnte wegen der Krise in den anderen EU-Ländern rückläufig sein. Ein zunehmender Protektionismus der USA ist also eine reale Gefahr für die bislang recht erfolgreiche Krisenbewältigungsstrategie des deutschen Imperialismus. Das dürfte zumindest eine Erklärung für die kühlen Beziehungen zu Trump sein. Rassismus, Sexismus, mangelnde Demokratie und Chauvinismus stören ja bei anderen Regierungen nicht.

In diesem Zusammenhang halte ich es für sehr notwendig, den Hype, der um den neuen SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidat Martin Schulz gemacht wird, einzuordnen. Natürlich gibt es eine Wechselstimmung von Massen weg von Merkel. Diese Stimmung nährt sich aber aus sehr unterschiedlichen Quellen. Ganz offensichtlich wird sie auch medial gesteuert. Denn Schulz, vor zwei bis drei Monaten noch ein relativ blasser EU-Apparatschik, hat ja seine Außenwirkung in und mit den Medien der Herrschenden komplett verändert. Denkt man zum Beispiel an seine Rolle gegenüber dem griechischen Volk, dann wird der Charakter der Inszenierung überdeutlich. Wir müssen fragen, was dahinter steckt. Und da ist die Parallele zur letzten Wechselstimmung deutlich und ernst zu nehmen. Diese führte 1998 von Kohl zu Schröder und ermöglichte die Einbindung der Gewerkschaften, die Lähmung des Widerstands bei zwei entscheidenden Schritten in der Entwicklung des deutschen Imperialismus:

* Bei der Beteiligung der Bundeswehr am Angriffskrieg gegen Jugoslawien – durchgesetzt von SPD und Grünen. Damit war eine wichtige Begrenzung des deutschen Imperialismus auf sei-

nem Weg zu einem der führenden Imperialismen gefallen – mit allen Folgen bis heute.

* Beim schärfsten Angriff auf die soziale Lage, auf das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse in unserem Land, der Agenda 2010.

Die Agenda 2010 war gleichzeitig die Grundlage, um den Druck auf die Arbeiterbewegung so zu erhöhen, dass es gelang, dieses Land im Verhältnis zu seiner hohen Produktivität zu einem Niedriglohnland zu machen. Dies wiederum war die Grundlage für den deutschen Imperialismus, EU und Euro nutzen zu können, um sich als imperialistische Führungsmacht der EU zu etablieren. Und dies war die Grundlage für die erfolgreiche Krisenbewältigungsstrategie, die auch auf der Ausblutung der Länder und Völker der EU-Peripherie beruht.

Deswegen sollten wir sehr genau analysieren, was die herrschende Klasse mit dieser Wechselstimmung bezweckt. Ich halte es für sehr realistisch, dass sie sich angesichts der Gefährdung ihrer bisherigen Strategie damit die Grundlage für eine robustere Gangart nach innen legt. Das ist einfacher durchsetzbar, wenn es gelingt, potentiellen Widerstand bereits im Vorfeld einzubinden.

Interessant für die herrschende Klasse könnte es dabei auch sein, die Partei Die Linke oder Teile von ihr einzubinden oder sie in den Streit darüber zu verwickeln und dadurch zu paralisieren. Nun es gibt die Teile Linkspartei, die danach lechzen, und wer den aktuellen Bericht der Landesregierung Thüringens zu ihren „Anstrengungen“, das „SED-Unrecht“ aufzuarbeiten, liest, der kann der herrschenden Klasse zu solchen Helfershelfern eigentlich nur zynisch gratulieren. Natürlich hoffen wir, dass sich die Linken in der Linkspartei durchsetzen können und diese Einbindung verhindern. Wir sind aber skeptisch. Und wir wissen, dafür bedarf es Druck von links und dafür steht unsere Kandidatur.

Das sieht die Partei mit großer Mehrheit so. Das beweist das Engagement im Kampf um die Absicherung unserer Kandidatur, das beweist aber durchaus auch die Reaktion der Menschen, mit denen wir in die Diskussion kommen. Leider konnten wir für die Eigenkandidatur nicht alle Gliederungen überzeugen. Es ist aber ein großer Erfolg, dass wir in allen Bundesländern außer Rheinland-Pfalz und Saarland um die Absicherung der Landeslisten kämpfen. Vielleicht werden wir das nicht überall schaffen, aber wir haben den Kampf darum angenommen, mit mehr Menschen über die Notwendigkeit der kommunistischen Partei zu diskutieren, und das ist gut so.

Neben der Einschätzung der mangelnden Kraft gibt es aber eine weitere Position in unserer Partei, die zur Absage an unsere Kandidatur führte. Ich halte sie in unserer Partei für isoliert, überrascht hat sie mich trotzdem. Auf dem Treffen des Parteivorstands mit den Mitgliedern der DKP Südbayern setzte Genosse Leo Mayer unserer Orientierung die Notwendigkeit eines Lagerwahlkampfes für „Rot-Rot-Grün“ gegen die Große Koalition entgegen. Das hieße, in der Defensive der Arbeiterbewegung für eine Regierung im Kapitalismus mit der SPD an der Spitze zu kämpfen, die in der jetzigen Regierung Juniorpartner ist. Wir würden für eine Regierung kämpfen, die dominiert wäre von den Kräften, die den Jugoslawien-Krieg und die Agenda 2010 durchsetzten und wir würden für eine Regierung kämpfen, die von den Linken in der Linkspartei zu Recht abgelehnt wird.

Wenn wir die aktuelle Situation einschätzen, die Debatten um die Erhöhung der Rüstungsausgaben, die scheinheiligen Debatten um die Kosmetik beim Sozialabbau, dann spricht alles dafür, dass eine 100%-Antikriegspartei, eine Partei, die für 100 % Antikapitalismus steht, dass die DKP dringend notwendig ist.

Wenn wir verhindern wollen, dass Wechselstimmung missbraucht wird, um eine steigende Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und/oder nach außen durchzusetzen, dann sind 100% Antiimperialismus, 100% Antimonopolismus notwendig, und das heißt, dann ist die DKP notwendig.

Wenn wir verhindern wollen, dass auch die Linkspartei in diese Strategie eingebunden wird und/oder sich einbinden lässt, dann bedeutet Unterstützung der Linken in der Linkspartei vor allem Druck von links auf ihre Partei. Dabei hilft 100% Klassenanalyse und 100% Imperialismusanalyse, dann hilft der Kampf um die Stärkung der DKP.

Dafür sprechen aber auch ganz aktuelle Auseinandersetzungen, zum Beispiel der Kampf um die Personalbemessung. Seine Wichtigkeit haben wir mehrfach betont. Die aktuellen Entwicklungen im Saarland und die Gefahr, dass die Unternehmer mit Versuchen des Einwickelns Frustration hervorrufen, machen unsere Bedeutung deutlich. Da ist es gut, dass unsere Genossinnen und Genossen im Saarland genauso intensiv dran sind, wie unsere Genossinnen und Genossen es in Hamburg sind und in Berlin waren.

Aktuell müssen wir aber auch analysieren, dass trotz einer Stimmung, die vortäuscht, eigentlich klappt es doch ganz gut, Arbeitsplätze in Massen vernichtet werden und dramatische Angriffe auf die sozialen Rechte der Beschäftigten laufen. Das

betrifft VW, andere Automobilkonzerne und die Zulieferer, bei denen der Betrug mit den Abgasen, der ja nichts anderes war als Teil des internationalen Konkurrenzkampfs, genauso wie das Verschlafen des Technologiewandels, benutzt wird, um die Krise bzw. deren Folgen auf die Beschäftigten abzuwälzen.

Ein Beispiel ist die Aufspaltung von E.on in E.on und in Uniper. Uniper ist quasi die badbank, an die die veralteten Technologien ausgelagert wurden, mit denen zuvor jahrzehntelang profitable Geschäfte gemacht wurden. Jetzt, nachdem die Profite zurückgingen, gibt es keinen Risikoausgleich durch die „Zukunftsbranchen“, sondern die Forderung an die Beschäftigten: Verzicht auf Weihnachtsgeld, Nachtarbeit- und Sonntagszuschläge und Runtergruppierung aller Beschäftigten um eine Gehaltsgruppe.

Wir müssen bilanzieren, dass an massiven Hochrüstungsrunden gearbeitet wird. Die Umsetzung der NATO-Verpflichtung würde nahezu eine Verdoppelung des Rüstungshaushalts bedeuten. Kriegsministerin Ursula von der Leyen nutzt alle Möglichkeiten, um daran zu drehen, selbst Trumps vermeintliche Relativierung der NATO musste erhalten. Ganz offensichtlich fährt der deutsche Imperialismus mindestens zweigleisig. Die Rolle als Juniorpartner des US-Imperialismus in der NATO soll erhalten bleiben. Die NATO ist eine gute Umgebung, um eigene Ambitionen zu entwickeln. Gleichzeitig setzt man sowohl auf die eigene militärische Stärke, als auch auf die Militarisierung der EU. Natürlich läuft das nicht ohne Widersprüche.

Ein „Problem“ für den deutschen Imperialismus auch im Verhältnis zum Konkurrenten Frankreich (in der EU) oder Großbritannien (bald außerhalb der EU) – man besitzt keine Atomwaffen. Darum kommt der atomaren Teilhabe, das heißt den Atomwaffen in Büchel eine große Bedeutung zu, und darum haben sie auch für uns eine große Bedeutung: Das Teufelszeug muss weg. Deshalb beteiligen wir uns mit unseren Schwesterparteien aus den Niederlanden, Luxemburg und Belgien an der Kampagne „20 Wochen gegen Atomwaffen“ – und diesmal werden wir Büchel ganz dichtmachen.

Wenn wir die Entwicklung der politischen Lage nehmen, wenn wir die Entwicklung der Linkspartei nehmen, wenn wir die Kriegsgefahr sehen, wenn wir erleben, wie Rassismus gezüchtet, die AfD hoffähig gemacht wird, dann sehen wir keine Entwicklungen, die einem Kampf um die flächendeckende Kandidatur der DKP mit Landeslisten bei der Bundestagswahl entgegenstehen. Und auch die Partei selbst hat, wie der Kampf um die Unter-

schriften zeigt, ihre Meinung nicht verändert. Keiner hebt dabei ab und träumt von riesigen Wahlergebnissen, aber die, die sich beteiligen, merken, dass uns das Hauptziel, welches wir mit der Wahlorientierung verbinden, gelingt – uns massenhaft in die politische Diskussion zu begeben. An manchen Orten, in manchen Bundesländern sind die Hürden riesig. Da müssen pro Mitglied 100 Unterschriften oder pro Gruppe 500 Unterschriften gesammelt werden. Wir wissen nicht, ob wir das schaffen werden, und trotzdem sind die bereits jetzt gemachten Erfahrungen ungeheuer wichtig und bringen uns vorwärts.

Wir schlagen deshalb vor, in der Diskussion dieser PV-Tagung – wie auf dem 21. Parteitag beschlossen – den Beschluss zu überprüfen und wir schlagen vor, unseren Beschluss zu bekräftigen, dass wir weiter um die Absicherung der beschlossenen Landeslisten kämpfen und zur Bundestagswahl antreten.

Wenn wir von den Erfahrungen sprechen und sagen, dass sie uns vorwärts bringen, dass sie auch Dinge klären, dann gilt das auch für schlechte Erfahrungen. Leider machen wir die im Bezug auf die Bundestagswahl auch in der eigenen Partei – vom Ausmaß her recht gering, regional aber schon sehr bitter. Um es ganz deutlich zu sagen: Wenn Genossinnen und Genossen nicht nur selbst nicht unterschreiben, sondern andere auch noch auffordern, dies nicht zu tun, dann ist das nicht nur ein Bruch eines Beschlusses, das ist ein Bruch der Solidarität.

Wenn die Bezirksorganisation Südbayern auf ihrer Homepage veröffentlicht, dass die Situation, die Kämpfe, die Stärkung der Kräfte des Fortschritts nur mit der Wahl der Partei Die Linke ginge und dann argumentiert, dass dies kein Wahlauf Ruf, sondern die Feststellung einer Tatsache sei, dann ist das weder von der Position noch von der Art und Weise akzeptabel. Mit diesen Fragen werden wir uns ja im Laufe dieser PV-Tagung auch noch auseinanderzusetzen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir waren gut beraten, dass wir bereits auf der vorletzten PV-Tagung beschlossen haben, in Richtung auf unseren 22. Parteitag eine Diskussion zu führen, die die Grundlinie unserer Strategie, wie sie in unserem Parteiprogramm definiert ist, bekräftigt und präzisiert, was das in der heutigen Etappe bzw. der jetzigen Phase der Etappe bedeutet. Wenn wir dabei von unserer Strategie reden, dann meinen wir, dass wir, ausgehend von einer Situation, in der sich die Arbeiterbewegung, die Arbeiterklasse, die Friedenskräfte, die Antifaschisten in der Defensive befinden, darum kämp-

fen müssen, aus dieser Defensive herauszukommen. Das ist es, was wir in unserem Programm als Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt bezeichnen. Ich meine, wir sollten das heute präzisieren zum Kampf um eine „Wende zu einer Politik des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts“.

Dieser Kampf um eine Veränderung des Kräfteverhältnis, aber auch der Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt erfordert im imperialistischen Stadium des Kapitalismus eine Konzentration der Kräfte gegen das strukturbestimmende Moment in der herrschenden Klasse, das Monopolkapital. Das ist aus unserer Sicht der Hintergrund für die Notwendigkeit, an der anti-monopolistischen Strategie festzuhalten. Und es bleibt aus meiner Sicht auch bei der grundlegenden Erkenntnis, dass die Heranführung an die proletarische Revolution nicht von einer Konzeption „Klasse gegen Klasse“, sondern von einer Stoßrichtung gegen den dominierenden Teil der herrschenden Klasse, das Monopolkapital, geprägt sein wird. Das mag alles Zukunftsmusik sein, lässt sich aber von aktuellen Debatten um Strategie und Taktik nicht trennen. Diese Diskussion haben wir bereits mit einer der theoretischen Konferenzen im Vorfeld des 21. Parteitags begonnen, wir führen sie jetzt weiter und das ist gut und notwendig.

Ich möchte aber auch daran erinnern, dass ein Diskussionsprozess im Vorfeld einer Beschlussfassung tatsächlich ein offener, ein transparenter ist. Unser organisationspolitisches Prinzip heißt breite Debatte, Beschlussfassung und gemeinsame Aktion. Ich verstehe nicht, wie Genossinnen und Genossen, die derzeit die gemeinsame Aktion verweigern, gleichzeitig gegen eine offene, transparente Debatte sein können.

Konkret: Ich habe inhaltlich durchaus Unterschiede zum Diskussionsbeitrag der Genossen Björn Blach und Paul Rodermund, die habe ich formuliert. Ich war auch nicht glücklich darüber, dass der Eindruck erweckt wurde, dies wäre die Eröffnung der Debatte in der UZ gewesen, die ja auf unserem News-Portal schon lange läuft. Ich bin aber auch komplett dagegen, gegen Inhalte, auch falsche, die in einem Diskussionsprozess geäußert werden, den Bannstrahl zu richten. Damit meine ich nicht kritische Beiträge, wie zum Beispiel den von Genossen Artur Moses, den ich weitgehend teile. Ich meine vor allem die Unterstellung an die beiden Genossen, sie würden uns ein Konzept der Stadtguerilla, quasi eine 5. Generation der RAF empfehlen. Das gibt ihr Beitrag nun wirklich nicht her.

Sie beziehen sich auf das Bild, das Gramsci benutzte, als er vom Bewegungskrieg und vom Stellungskrieg sprach. Wohlgermerkt, auch Gramsci benutzte hier ein Bild und wird damit doch nicht zum Abenteuerer. Und Björn und Paul sagen dann: „Unsere heutige Situation lässt sich vielmehr mit dem BILD des Guerillakriegs fassen. Durch genau geplante Angriffe auf wichtige Stellungen des Gegners bei Vermeidung eigener Verluste gilt es, die eigenen Strukturen zu festigen, ideologisch, politisch und organisatorisch zu wachsen.“ Das gibt nun wirklich nicht her, was ihnen unterstellt wird und die Unterstellung lenkt eher von der notwendigen inhaltlichen Debatte ab. Denn auch dem Autor des Satzes: „Wenn die Gewerkschaften notwendig sind für den Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und der Kapitalherrschaft selbst“, ist kein Abenteuerer zu unterstellen. Es handelt sich um Karl Marx.

In dieser Debatte gibt es und wird es geben Beiträge, die ich, die das Sekretariat des PV, die der PV für linksopportunistisch halten und es wird Beiträge geben, die wir für rechtsopportunistisch halten. Es wird Beiträge geben, die Inhalte enthalten, die in die eine, vielleicht auch gleichzeitig in die andere Richtung gehen. Trotzdem haben diese Beiträge Platz in der Debatte – sie hätten nur keinen Platz, wenn sie das gemeinsame Handeln gefährden oder aufkündigen würden. Das ist das Prinzip unserer innerparteilichen Demokratie, davon sind wir bislang nicht abgegangen und werden es jetzt auch nicht tun.

Wir diskutieren und entscheiden bei dieser PV-Tagung über die Herangehensweise an den 22. Parteitag. In der Vorlage sagen wir: „Die Partei braucht eine Orientierung in der Frage ‚wo sie heute steht‘, also eine Etappenbestimmung im Rahmen der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die durch die Oktoberrevolution eingeleitet und durch die Konterrevolution 1989/90 nicht aufgehoben wurde.“

Entlang der Etappenbestimmung müssen die Aufgaben und Maßnahmen zur weiteren Stärkung (in manchen Regionen: zum Parteaufbau) bestimmt werden. Eine organisatorische Stärkung (nicht nur ‚mehr Mitglieder‘, sondern handlungsfähige Grundeinheiten in Wohn- und Betriebsbereichen) sind zwingende Notwendigkeiten, um handlungsfähig zu werden und das Parteiprinzip der Einheit von Theorie und Praxis wieder zu beleben.“

Wir sagen weiter: Daraus ergibt sich, dass, nach nun drei Parteitagen, die sehr theoretisch angelegt waren, sehr viel stärker auf die Einheit von

Theorie und Praxis beim Parteitag und seinem/n zentralen Dokument(en) geachtet werden muss.

Der 22. Parteitag soll die Partei auf eine Stärkung der Partei orientieren. Dabei geht es nicht um Euphorie und es geht um eine umfassende Stärkung der Partei, dazu gehören:

Die Gewinnung neuer Mitglieder, der Kampf um die Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse, dazu gehört die Stärkung der Grundorganisationen, genauso wie die Orientierung auf Sammelbetriebsgruppen. Wir brauchen eine Stärkung der Leitungen, Verbesserung der Bildungsarbeit und Klarheit über unsere Strategie.

Darum soll der 22. Parteitag die Partei befähigen, in Klassenkämpfe auf der Höhe der Zeit eingreifen zu können. Dazu bedarf es einer grundsätzlichen Einordnung, in welcher Etappe wir uns heute befinden. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, die Besonderheiten der heutigen Phase zu bestimmen. Die neueren politischen Entwicklungen der letzten zwei Jahre müssen darin bereits aufgehoben sein.

Wir haben bei der Klausur des Sekretariats eine erste Diskussion über die Inhalte des zentralen Dokuments geführt und schlagen euch heute die Bildung einer Autorengruppe vor, die bis zur Junitagung des PV einen Entwurf erarbeiten soll.

Wir haben im Sekretariat folgende Überlegungen für die Arbeit der Autorengruppe benannt. Das sind Überlegungen, die wir der PV-Tagung als Anregung zur Diskussion geben, und die für die Autorengruppe mehr Orientierungspunkte denn Eckpunkte sind. Wir nennen sie jetzt in einer Art Thesenform:

Wir gehen davon aus, dass der heutige Imperialismus von der anhaltenden Offensive des Monopolkapitals bestimmt ist, die ihren vorläufigen Höhepunkt mit der Konterrevolution von 1989/91 hatte. Die folgende Neuaufteilung der Welt, die „neue Weltordnung“ unter unangefochtener Vorherrschaft der USA ist inzwischen in eine Krise geraten.

Durch diese Entwicklung zur „Multipolarität“ und der antirussischen und antichinesischen Ausrichtung der NATO gewinnen die bisherigen Kriegseinsätze eine neue Qualität, es finden regelrechte „Stellvertreterkriege“ (Ukraine, Syrien) statt, es wächst die Gefahr einer großen Konfrontation.

Gleichzeitig hat der deutsche Imperialismus vorläufig den Kampf um die Vorherrschaft in der EU gewonnen. Er nutzt die EU und den Euro als Instrument, um mit seiner Exportorientierung die

EU, vor allem deren Peripherie zu seinem Hinterhof zu machen.

Die Offensive des Monopolkapitals schwächt die Integrationskraft der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie; die traditionelle Sozialdemokratie hat darauf reagiert, indem sie ganz bewusst einen Umbau der Sozialsysteme im Sinne der Großkonzerne, der Privatisierung und Deregulierung betrieben und die Spaltung der Klasse bewusst in Kauf genommen hat.

Eine Neu- und Umordnung der innerimperialistischen Beziehungen im Zuge der Verschiebung der Kräfteverhältnisse im globalen Maßstab geht einher mit Rissen in der Hegemonie des Monopolkapitals in den entwickelten imperialistischen Staaten.

Das Monopolkapital hat insgesamt einen Differenzierungsprozess durchlaufen, der aber nicht ihre Hegemonie als Spitzensektor der Kapitalistenklasse gefährdet. Unter der Bedingung einer organisatorisch, politisch und ideologisch stark geschwächten Arbeiterbewegung müssen sich die Kommunistinnen und Kommunisten darauf konzentrieren, die weltanschaulich heterogene Arbeiterklasse in den entscheidenden Fragen zu vereinigen.

Die Hauptgefahr geht aus von der Finanzoligarchie als reaktionärsten und aggressivsten Teils des Finanzkapitals bzw. der Bourgeoisie in der Gesamtheit. Innerhalb der Finanzoligarchie drängt vor allem der militärisch-industrielle Komplex auf Kriegseinsätze, Rüstungsexport und Erhöhung der Rüstungsausgaben.

Die Arbeiterklasse steht im Zentrum der Strategieentwicklung der Kommunistinnen und Kommunisten. Ihre Lage, ihr Bewusstsein und ihre Organisation in Gewerkschaften und Parteien, d.h. ihre Kampfkraft ist maßgeblich. Antimonopolistische Bündnispolitik und die Orientierung der DKP auf die Arbeiterklasse können – und müssen! – sich gegenseitig befruchten. Aktionseinheitspolitik ist der Kern unserer Bündnispolitik.

Der Grad der Ausbeutung ist in der BRD in den letzten Jahren massiv gestiegen. Trotzdem ist es der herrschenden Klasse gelungen, das Ausmaß der Integration der Arbeiterklasse in die Politik der herrschenden Klasse teilweise sogar auszubauen bzw. die Spaltungstendenzen in der Klasse zu erhöhen.

Die Stärkung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und eine antimonopolistische Bündnispolitik ist eine notwendige Voraussetzung im Kampf um den Sozialismus, in der Schaffung der

subjektiven Voraussetzungen für den Bruch mit dem Kapitalismus.

Von entscheidender Bedeutung ist heute und jetzt der Kampf um die Stärkung der DKP. Das ist keineswegs nur eine quantitative Frage, es geht um eine umfassende Stärkung der Partei.

Viel Kraft werden wir bei der Erarbeitung des Antrags und der Vorbereitung des 22. Parteitags auf die Frage verwenden müssen, was das konkret heißt. Einige Punkte haben wir im Antrag benannt.

Der Antrag wird – das wird zentral für die notwendige Verbindung von Theorie und Praxis sein – kurz-, mittel- und langfristige Forderungen für den Kampf um Frieden, um die sozialen und demokratischen Rechte entwickeln müssen. Hier muss die Frage der EU, der Kämpfe und der Perspektive eingeordnet werden. Die kurz- und mittelfristigen Forderungen werden den Charakter haben müssen, die Arbeiterbewegung, die Kräfte des Fortschritts, des Kampfes um Frieden und

des antifaschistischen Kampfes aus der Defensive herauszuführen. Die mittel- und langfristigen Forderungen müssen nachvollziehbar sein und gleichzeitig an die Grenzen der Realisierbarkeit in der Situation des staatsmonopolistischen Kapitalismus im imperialistischen Stadium des Imperialismus heranführen.

Der Prozess der Erarbeitung des Leitantrags und der Diskussion darum wird unter den Bedingungen eines gleichzeitig laufenden fraktionellen Kampfes nicht einfach. Dabei sollten wir Differenzierungen nicht übersehen. Genauso wenig sollten wir übersehen, dass es auch Zuspitzungen gibt, die wir aus meiner Sicht nicht mehr hinnehmen können.

Deswegen hat diese PV-Tagung ein Riesensprogramm. Sie muss den 22. Parteitag vorbereiten, eine Herangehensweise an die Diskussion in seiner Vorbereitung diskutieren, zu der die inhaltliche Debatte über unsere Strategie genauso gehört wie die Überwindung unserer faktischen Gespaltenheit in der Aktion.

8. Tagung des Parteivorstands der DKP 25./26. März 2017, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Beratung mit Mitgliedern der Bezirkssekretariate und –leitungen zur Parteiauseinandersetzung

Einleitung von Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

die heutige Beratung findet in einer Reihe von Gesprächen im Rahmen der Parteiauseinandersetzung auf Grundlage eines Beschlusses der 6. PV-Tagung statt.

Beschlossen waren:

- Versammlungen mit den Mitglieder der Bezirke Südbayern und Rheinland-Pfalz
- Eine Beratung mit den ErstunterzeichnerInnen des Offenen Briefes des Netzwerks Kommunistische Politik
- Die heutige Beratung mit Mitgliedern der Bezirkssekretariate bzw. Leitungen

Es geht uns heute darum,

- die Meinungen aus den Bezirken zur Parteiauseinandersetzung und den Beschlüssen des PV dazu zu hören und zu diskutieren, aber auch über mögliche Auswege aus der Situation mit euch zu beraten,
- über die Aufgaben der Bezirksleitungen in diesem Prozess zu reden,
- über den Verlauf der bisherigen Beratungen zu informieren und sie gemeinsam auszuwerten.

Alle Treffen dienen dazu, die unterschiedlichen Auffassungen einzubeziehen und keine unbedachten Schritte zu gehen. Wir sind uns unserer Verantwortung als Parteivorstand in dieser äußerst schwierigen Situation bewusst. Wir sehen angesichts der Lage draußen nicht nur die Notwendigkeit des Erhalts der kommunistischen Partei, sondern auch die ihrer Stärkung.

In dieser Situation führen wir eine Auseinandersetzung, die die Partei schwächt. Die Partei ist auch ohne diesen Streit in ihrer Existenz gefährdet. Es ist nicht gelungen, den Mitgliederverlust aufzuhalten. Ihr wisst selbst, welche Genossinnen und Genossen wir in den letzten Tagen und Wochen durch Tod verloren haben. Es ist noch nicht gelungen, die Grundorganisationen zu stabilisieren. Gleichwohl wir hier unter anderem durch den Bundestagswahlkampf Fortschritte sehen. Wir haben finanzielle Probleme und Probleme in der Abo-Entwicklung der UZ.

All das ist nicht spezifisch für die Führung seit dem 20. Parteitag. Und schuld daran ist auch nicht das Netzwerk innerhalb unserer Partei. Aber das Auseinanderdriften der Partei erschwert eine positive Entwicklung, wenn es sie nicht sogar verhindert. Es muss gestoppt werden.

Wir stehen als Parteiführung vor dem Dilemma, dass sowohl das Handeln als auch das Nichthandeln die Partei schädigen können. Die einen drohen mit einer Austrittswelle, wenn es zu administrativen Maßnahmen kommt, die anderen wenn wir untätig bleiben und das Netzwerk akzeptieren. In dieser Situation stehen wir in der Verantwortung zu prüfen, wie es gelingen kann, das Auseinanderdriften der Partei zu stoppen, ohne ihre Prinzipien über Bord zu werfen.

Wir wollen den Charakter der Partei als kommunistische Partei, deren Stärke in der offenen und streitbaren Diskussion einerseits und im gemeinsamen Handeln und Auftreten andererseits liegt, nicht aufgeben. Wir wollen das stetige Aushöhlen und die schrittweise Veränderung des Charakters der Partei hin zu einer Strömungspartei nicht zulassen. Die Akzeptanz des Netzwerkes als dauerhafte Parallelstruktur innerhalb der Partei wäre aber genau das.

Die Mehrheit des Parteivorstandes steht hinter den bisherigen Beschlüssen und hat sich für das Handeln entschieden, sollte es nicht zu einem Einlenken von Seiten des Netzwerkes kommen. Die Beratungen finden nicht bedingungslos und nicht in einem luftleeren Raum statt. Es gibt eine lange Vorgeschichte und nicht zuletzt die Beschlusslage eines Parteitags als höchstes Gremium der Partei.

Der 21. Parteitag hat die Genossen aufgefordert, die Bildung eigener Strukturen innerhalb der Partei zu unterlassen und sich nicht an dem Netzwerk zu beteiligen und stattdessen in den Gliederungen zu diskutieren und zu arbeiten.

Er hat den Parteivorstand aufgefordert, bis Ende letzten Jahres diesen schädlichen Zustand zu beenden, sollte weiterhin bewusst eine Strömung organisiert werden.

Die Genossen, die das Netzwerk organisieren, haben deutlich gemacht, dass sie dieser Beschluss nicht interessiert, indem sie Unterschriften unter den Offenen Brief gesammelt haben.

Der Parteivorstand hat den Zustand dennoch nicht beendet, sondern zu einer weiteren Runde der Diskussion aufgerufen und sich selbst und die Bezirksvorstände in die Pflicht genommen. Es handelt sich aber nicht um eine bedingungslose Diskussion, in der wir erneut unsere Differenzen austauschen, sondern um eine Diskussion mit dem Ziel der Beendigung von Parallelstrukturen und des Netzwerkes.

Wir wollen und können diese Diskussion nicht mehr unendlich führen, sondern wollen – wenn es nicht zum Einlenken kommt – den kommenden Parteitag als höchstes Gremium entscheiden lassen. Und zwar über einen Unvereinbarkeitsbeschluss.

Der Parteivorstand hat auf seiner 6. Tagung einen Beschluss gefasst, der sich zum einen um das Netzwerk kommunistische Politik, und zum anderen um zwei Bezirksorganisationen dreht.

Netzwerk

Zum Netzwerk hat der Parteivorstand festgestellt, dass es sich um eine Fraktion mit eigenen Strukturen, eigener Disziplin und eigener inhaltlicher Plattform handelt.

Die 6. Tagung beschloss:

Parteivorstand, Bezirks- und Landesleitungen stehen in der Verantwortung, um jedes Mitglied zu ringen und trotz unterschiedlicher Meinungen wieder zum Grundsatz „gemeinsam Handeln“ zurückzukehren, um Schaden von der Partei abzuwenden. Sie sind aufgefordert, mit den Unterstützern des „kommunistischen Netzwerks“ zu diskutieren, um sie aufzufordern:

- die fraktionelle Tätigkeit einzustellen,
- sich an der Umsetzung der Beschlüsse des 21. Parteitags zu beteiligen,
- sich in die Vorbereitung des 22. Parteitags einzubringen.

Die Verantwortung liegt also nicht nur beim PV, sondern auch bei euch als Bezirksleitungen.

Weiter heißt es: „Sollte dieser Diskussionsprozess nicht zur Einstellung der fraktionellen Tätigkeit

führen, beauftragt der Parteivorstand das Sekretariat, einen Beschlussvorschlag für den 22. Parteitag vorzulegen, der die Mitgliedschaft im sogenannten ‚kommunistischen Netzwerk‘ für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DKP erklärt.“

Der Parteivorstand wird die Beratungen auf seiner kommenden Sitzung auswerten und dann ggf. das Sekretariat beauftragen, einen solchen Antrag zu erarbeiten. Dieser wird dann zunächst in der Partei und dann von den Delegierten diskutiert und angenommen oder abgelehnt. Und auch danach geht es nicht um den Rauswurf von Genossinnen und Genossen. Es gibt keinen Automatismus, sondern allenfalls das Einleiten von Schiedsverfahren.

Hier wird also nichts übereilt und nichts hastig durchgezogen. Diese Beratungen finden im Rahmen einer seit Jahren andauernden Auseinandersetzung innerhalb der Partei statt, die sich in den vergangenen Jahren und insbesondere nach dem 21. Parteitag zugespitzt hat.

Ich nenne Stichworte:

- Zurückweisung der Thesen des alten Sekretariates auf dem 19. Parteitag.
- Der Wechsel in der Führung auf dem 20. Parteitag wird von unterlegenen GenossInnen als Putsch beschrieben.
- In Südbayern wird ein Fahrplan aufgestellt, indem u.a. darauf orientiert wird, eigene Jugend- und internationale Arbeit zu organisieren. Bei allen hängen geblieben ist der Satz: Mit den anderen lohnt die Debatte nicht.
- Im Folgenden werden die Beschlüsse des 20. und 21. Parteitages und des Parteivorstandes und seine Arbeit immer aufs Neue kritisiert und negiert. Das gemeinsame Handeln wird immer wieder in Frage gestellt bzw. verweigert. Zuletzt und momentan ist das bei der Umsetzung des Beschlusses zur Kandidatur der DKP zur Bundestagswahl der Fall.
- Funktionäre der DKP gründeten den Verein Marxistische Linke, enteigneten die Homepage des Parteivorstandes und organisierten mehrfach Parallelveranstaltungen zu Veranstaltungen wie dem Jahresauftakt des Parteivorstandes.
- Es folgte die Herausbildung des Kommunistischen Netzwerkes innerhalb der DKP. Dessen Mitglieder oder Anhänger diskutieren in nichtöffentlichen Versammlungen u.a. zur Strategie der Kommunisten in diesem Land. Der Parteivorstand bekommt auch auf Nachfrage keine Information über Ort und Termin der Beratungen, sondern erst im Nachhinein die Referate.

Ich will das deutlich sagen: Es geht explizit nicht um Kritik am Parteivorstand, seiner Arbeit und seinen Beschlüssen. Das brauchen wir. Es geht

nicht um unterschiedliche Positionen und Meinungen. Sie sind auszuhalten und zu diskutieren. Das wollen wir an einem zentralen Punkt, der Frage der Strategie der Kommunisten heute, zum 22. Parteitag tun. Die Diskussion ist in vollem Gange und ihre Widersprüchlichkeit zeigt, wie notwendig das ist.

Es stimmt auch nicht, wie es im Offenen Brief formuliert ist, dass GenossInnen mit und wegen ihrer Kritik an der Politik des Parteivorstandes an den Rand gedrängt und ausgegrenzt werden. Es trifft eher zu, dass sie sich mit ihren Geheimgesprächen und der Nichtteilnahme an zentralen Beratungen und Kommissionen selber an den Rand gestellt haben.

Wir verweigern keine Debatte und halten an dem Prinzip fest, dass es uns immer darum gehen muss, möglichst Einigkeit in der Partei herzustellen. Wir halten aber auch an dem Prinzip fest, gemeinsam zu handeln – auch dann, wenn es nicht gelungen ist, Einheit herzustellen und eine Mehrheitsentscheidung gefällt werden musste. Dieses gemeinsame Handeln findet momentan nicht mehr statt.

Die Beschlussverbindlichkeit – als hohes Gut und Prinzip der Kommunisten – wird, wie im Diskussionsbeitrag von Georg Polikeit, generell in Frage gestellt. Man setzt Beschlüsse nur noch um, wenn sie für richtig befunden werden.

Dieses stückweise Aushöhlen unserer Prinzipien gefährdet aus unserer Sicht die Partei und ihre Entwicklung. Wir brauchen die Parteistärkung und vor allem die Stärkung unserer Parteigruppen. Sie sind auch ein Schlüssel, um wieder neue Genossinnen und Genossen zu gewinnen. Das geht nicht, wenn wir dauerhaft gegeneinander arbeiten.

Nun gibt es den Streit, ob es sich bei dem Netzwerk wirklich um eine Fraktion handelt oder nicht. Die Genossen, die sich dem Netzwerk zugehörig sehen, weisen das zurück. Weder gebe es eine Mitgliedschaft, noch eine Leitung. Das Netzwerk sei ein Diskussionszusammenhang, um in solidarischer Atmosphäre über die aktuelle Situation, Bewegungen und Gewerkschaften und die Aufgaben der Kommunisten heute zu diskutieren und sich auszutauschen. Es gebe keine inhaltliche Plattform, sondern Grundlage seien das Parteiprogramm und Statut. Es gebe keine eigene Disziplin, das zeige zum Beispiel das unterschiedliche Herangehen an die Versammlungen des PV in Rheinland-Pfalz und Südbayern. Das Handeln sei vom Statut gedeckt.

Es ist richtig, dass Mitglieder das Recht haben, „einzeln oder gemeinsam mit anderen Mitgliedern

politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln und dafür für demokratische Mehrheiten in der Partei zu werben“. Aber ebenso heißt es im Statut, „dass Kritik an der Partei solidarisch erfolgen muss und die Umsetzung der Beschlüsse nicht gefährden darf“. Das Statut legt zudem allen Mitgliedern die Pflicht auf, an der Umsetzung von Beschlüssen mitzuwirken.

In der Tat ist es für uns und die Gesamtpartei schwierig, das Netzwerk einzuschätzen, weil wir nicht hineinschauen können und auch nicht sollen. Es hat wiederholt zu nicht parteiöffentlichen Versammlungen eingeladen. Der PV wurde trotz Nachfrage nicht über Zeit und Ort informiert.

Treffen mit den Erstunterzeichnern

Wir wollten das Treffen mit den ErstunterzeichnerInnen daher auch dazu nutzen, eine bessere Einschätzung zu bekommen und unsere Haltung zu prüfen. Aber vor allem wollten wir es dazu nutzen, die GenossInnen davon zu überzeugen, von dem Netzwerk abzulassen.

Es geht uns darum, dass sich die Genossinnen und Genossen, die konträr zur Mehrheit stehen, wieder in die Diskussion und Arbeit in den Strukturen der Partei einbringen – und nicht separat und im Geheimen arbeiten.

Es geht uns deshalb darum, weil wir nach wie vor davon ausgehen, dass es uns noch gemeinsam um den Erhalt und die Stärkung der kommunistischen Partei und das Fernziel Sozialismus geht. Damit stehen alle in der Verantwortung, diesen Zustand zu beenden.

Wir hatten bewusst die Erstunterzeichner eingeladen, weil wir denken, dass sie zum engeren und organisierenden Kreis des Netzwerks gehören und Einfluss auf Bestand oder Beendigung des Netzwerkes haben.

Wir haben bei der Beratung Fragen aufgeworfen:

- Wie ist die Arbeitsweise und Struktur des Netzwerkes? Wird nur diskutiert oder werden Verabredungen getroffen, die das gemeinsame Handeln bewusst aufkündigen? Ist es Verabredung oder Zufall, dass Mitglieder, die sich dem Netzwerk zugehörig fühlen, keine Unterschriften sammeln? Oder stimmt das gar nicht?
- Was veranlasst euch, am Netzwerk festzuhalten/macht es für euch notwendig?
- Gibt es überhaupt ein Nachdenken über die Auflösung oder ist klar, dass am Netzwerk festgehalten wird?
- Was sind Bedingungen, die auch wir schaffen könnten, um der Beendigung den Weg zu öffnen?

Aus unserer Sicht war das Gespräch, an dem als Erstunterzeichner Uwe, Detlef, Thomas und Isa teilgenommen haben, trotz der vorgetragenen, zum Teil heftigen, Kritik an der Arbeit des PV und seiner aus ihrer Sicht zunehmend sektiererischen Linie insgesamt sachlich und hilfreich. Ob es zu Lösungen beiträgt, ist heute schwer zu sagen.

Aus meiner Sicht – ich bitte die Teilnehmer, später zu ergänzen und ggf. zu korrigieren – aus meiner Sicht gab es keine Annäherung in der Frage, ob es sich beim Netzwerk um eine Fraktion handelt oder nicht. Es gab für uns auch nicht viel mehr Einblick in die Arbeit des Netzwerkes. Es wurde allerdings versichert, es gebe nur einen Austausch, keine Verabredungen für ein gemeinsames Handeln – auch nicht zur Bundestagswahl.

Es gab keine Signale in die Richtung, dass das Netzwerk aufgelöst werden könnte. Allerdings auch keine Zufriedenheit mit dem Zustand und es gab die Aufforderung an uns: Sagt ihr uns, wie wir mit unseren konträren Meinungen in der Partei ohne Ausgrenzung arbeiten können. Und es gab unter anderem von Uwe die Äußerung, dass zu überlegen ist, die Netzwerktreffen zu öffnen.

Es gab in meiner Beobachtung sehr unterschiedliche Haltungen zur Frage der Verbindlichkeit von Beschlüssen, zum Teil Zustimmung, dass sie notwendig sei.

Die ErstunterzeichnerInnen sind keineswegs einheitlich aufgetreten. Diese Differenziertheit und dadurch auch Offenheit hatte ich so nicht erwartet. Das gibt mir ein Stück Hoffnung und wir wären schlecht beraten, das nicht zu sehen und nicht in weitere Überlegungen einzubeziehen.

Natürlich sind auch die PV-Mitglieder unterschiedlich aufgetreten. Ich nenne einzelne, um die Facetten zu zeigen und zitiere nicht wörtlich.

Lothar schlug vertrauensbildende Maßnahmen vor, die das Netzwerk vornehmen könnte, nämlich die nichtöffentlichen Treffen sofort zu beenden und die Treffen zu öffnen und künftig Beratungen des Parteivorstandes und Gremienarbeit wieder wahrzunehmen.

Jürgen sah eher den PV in der Pflicht, die unnötig aufgebaute Drohkulisse zurücknehmen und zurückzukehren zu den entscheidenden Debatten, um die Arbeit und Verankerung der Kommunisten in diesem Land.

Björn hielt fest, dass nur die Auflösung des Netzwerks wieder den Weg ebnen könne.

Das sind natürlich nur Schlaglichter der Debatte und das ist noch keine kollektive Auswertung. Wir

haben festgehalten, die Gespräche auf beiden Seiten auszuwerten und über die aufgeworfenen Fragen zu beraten.

Gespräche in München und Mainz

Bei den Gesprächen mit den Mitgliedern in Südbayern und Rheinland-Pfalz ging es nicht um das Netzwerk. Wir haben nicht den Bezirken, ihren Vorständen oder gar Mitgliedern unterstellt, Bestandteil des Netzwerks zu sein oder pauschal der Fraktion zugeordnet. Aber es ist natürlich auch kein Geheimnis, dass Mitglieder der beiden Bezirksvorstände aktiv und nicht unbedeutend im Netzwerk sind.

Es ging um die Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand und den beiden Bezirksvorständen, die quasi nicht mehr stattfindet. Die Beteiligung an Beratungen mit den Bezirken und an Kommissionssitzungen finden in der Regel nicht mehr statt. Die Kommunikation beschränkt sich im Wesentlichen auf die Zustellung von Beschlüssen zur Ablehnung unserer Arbeit.

In Rheinland-Pfalz wurde sogar ein Gespräch mit uns über die Nicht-Aufnahme von SDAJ-Mitgliedern als nicht nötig abgelehnt. Wir wollten durch Gespräche den Gang der jungen Genossen durch die Instanzen und die Befassung der Schiedskommissionen damit vermeiden.

Wir sind Bestandteil einer bundesweiten Partei und können nicht auf Dauer nebeneinander oder gegeneinander arbeiten. Unsere Strukturen, bestehend aus Grund- und Kreisorganisationen, den Bezirken und der Bundesorganisation bedingen sich und brauchen einander – in der Politikentwicklung und auch bei Entwicklung innerparteilicher Demokratie und dem Fassen von Beschlüssen.

Schließlich auch bei ihrer Umsetzung. Bezirksvorstände haben auch die Aufgabe zu beraten, wie Beschlüsse in ihren Bezirken gemeinsam mit den Gruppen umgesetzt werden können, sollen diese dabei unterstützen. In Südbayern und Rheinland-Pfalz werden Gruppen oder Mitglieder, die sich an der Umsetzung der Beschlüsse der Parteitage und des PV beteiligen wollen, eher als Störfaktor gesehen. Davon zeugt der Redebeitrag des Betriebsaktivs aus München.

Wir haben die Mitglieder auf den Versammlungen darüber informiert, dass uns eine Zusammenarbeit mit den Bezirksvorständen momentan nicht möglich erscheint. Dabei ging es mitnichten allein um die Beschlüsse zur Bundestagswahl, aber klar waren sie ein Auslöser.

Zur Wahlpolitik hat es in der Partei immer unterschiedliche Haltungen gegeben. Die einen argumentierten organisationspolitisch – Wir schaffen das nicht –, die anderen inhaltlich – zum Beispiel mit Blick auf die Linkspartei, die zu unterstützen sei. Das sind natürlich berechtigte Diskussionen.

Jahrelang hat diese Diskussion zur Abstinenz in Wahlkämpfen geführt. Nun hat der Parteitag – nach langem Vorlauf für die Debatte – die Eigenkandidatur beschlossen. Der Parteivorstand hat diesen Beschluss heute noch einmal geprüft und bestätigt.

Wir erwarten von Gegnern einer Eigenkandidatur nicht, dass sie jedes Wochenende in der Innenstadt stehen und mit Euphorie Unterschriften sammeln. Aber wir erwarten schon, dass sie selbst unterschreiben und in ihrem Umfeld sammeln. Das wird zurzeit verweigert. Zum Teil die eigene Unterschrift, häufiger das Sammeln. Das betrifft nicht nur die beiden Bezirke.

Die Bezirke Saarland und Rheinland-Pfalz haben keine Landesliste aufgestellt. Auch dafür kann es unterschiedliche Gründe geben. Natürlich kann ein Bezirk nach Prüfung und Diskussion zu der Entscheidung kommen, keine Landesliste aufzustellen, weil es illusorisch ist, die Unterschriften zusammenzubekommen. Das hätte ich den Genossen in Sachsen ohne weiteres zugestanden.

Dann beschließt er womöglich Direktkandidaturen oder die Unterstützung der Unterschriftensammlung im Nachbarland. Das wäre eine Art der Umsetzung des Beschlusses.

In Südbayern und Rheinland-Pfalz hat es in den Vorständen solche Überlegungen m.W. nicht gegeben. Die Eigenkandidatur wird politisch abgelehnt und die Wahl der Linkspartei als das einzig Richtige dargestellt.

Walter hat dazu ausgeführt: das sei kein Aufruf zur Wahl einer Partei, sondern die Feststellung einer unbestreitbaren Tatsache. An anderer Stelle sagt er: Wir bleiben bei unserer Position zur BTW und werden uns an der Umsetzung des Beschlusses nicht beteiligen. Was ist das anderes als der Bruch mit der Beschlussverbindlichkeit?

Ich habe versucht deutlich zu machen, was bei der Umsetzung von Beschlüssen geht und was nicht. Während die Partei im ganzen Land Unterstützungsunterschriften sammelt und um die Kandidatur kämpft und dabei offensiv unsere Sofortforderungen propagiert, geht das Verweigern der eigenen Unterschriften und des Sammelns im eigenen Umfeld nicht. Auch das Auftreten nach außen gegen die Kandidatur der eigenen Partei, die um ihren Antritt kämpft, und der Aufruf zur Wahl

der Linkspartei – und sei er noch so verschlüsselt, gehen nicht. Das sind Handlungen, die unserem Prinzip der Beschlussverbindlichkeit eindeutig entgegenstehen.

Die Treffen in Mainz und München waren sehr unterschiedlich.

Der BV in Rheinland-Pfalz hatte sich auf den Standpunkt festgelegt, die Versammlung sei nicht statutengerecht, der PV habe kein Recht, die Mitglieder einzuladen

Aufgerufen zur Teilnahme hatten aber die Grundorganisationen Mainz und Südpfalz/Landau – letztere sind sicher keine glühenden Verfechter der PV-Mehrheit – und einzelne Genossinnen aus Trier. Es kamen rund 20 GenossInnen. Auf einer regulären Bezirksmitgliederversammlung mögen es knapp 30 sein. Es kam auch Karin als Unterzeichnerin des Offenen Briefes, die das Fehlen weiterer Genossinnen der Gruppe Idar-Oberstein entschuldigte, weil sie verhindert waren. Der Sprechelinnenrat blieb der Versammlung leider fern.

Die Versammlung war vorwärtsweisend. Die Diskussion drehte sich, auch bei Kritik am Parteivorstand, relativ schnell darum, wie gemeinsam Politik entwickelt und so auch die Sprachlosigkeit zwischen Bezirksvorstand und Parteivorstand aufgebrochen werden kann und wie die Gruppen im Bezirk und seine Strukturen gestärkt werden können. Im Mittelpunkt stand die Parteistärkung durch gemeinsame Aktivität statt der ätzenden Debatte.

Vor allem wurde über eine starke Mobilisierung und Aktion in Büchel beraten. Eine Aktivität, die auch der Bezirksvorstand unterstützen will. Weitere Punkte waren die Unterstützung der SDAJ und des Festivals der Jugend, die Unterstützung der Unterschriftensammlung in Thüringen und das Planen einer gemeinsamen Veranstaltung zum Marx-Geburtstag in Trier. Die anwesenden BV-Mitglieder werden auf der nächsten BV-Sitzung über die Versammlung berichten.

Die Versammlung hat einen Impuls gegeben. Aber natürlich war sie auch deshalb entspannt, weil die Kontrahenten nicht an einem Tisch saßen, was nicht Sinn der Sache war.

Über die Versammlung in München kann man bereits auf der Homepage der DKP Südbayern lesen: Köbele will nicht ausschließen, die Bezirksorganisation Südbayern aufzulösen.

Gekommen waren etwa 60 GenossInnen, die etwa zur Hälfte die Linie des Parteivorstandes und zur Hälfte die des Bezirksvorstandes vertraten.

Walter Listl hielt ein 15 minütiges Einleitungsstatement mit scharfer Kritik am Parteivorstand. Er wies die Behauptung, das Netzwerk sei eine Fraktion, zurück und warf dem Parteivorstand vor, von Programm und Statut abzurücken, gegen beides zu verstoßen, und eine ultralinke und sektiererische Wende zu vollziehen.

Das Parteiprogramm solle entsorgt werden. Stichworte waren die Forderung nach dem Austritt aus der EU, die Durchsetzung der Charakterisierung der Partei als marxistisch-leninistisch und die Wiedereinführung Stalins in die Bildungsarbeit. Die begonnene Strategiedebatte mit dem Beitrag von Björn und Paul zeige den Weg. Das Referat ist nachlesbar.

Patrik hat daraufhin seinen vorbereiteten Beitrag verworfen und frei auf einige Vorwürfe geantwortet. Er verwies im Zusammenhang mit der Unterstellung, dass die Formulierung Marxismus-Leninismus ein stalinistisches Konstrukt sei und in der DKP zu recht nie verwendet worden sei, auf das Programm von 1978, in dem der Marxismus-Leninismus als „die Weltanschauung der Kommunisten“ bezeichnet wurde.

Er wies den Vorwurf, dass der Parteivorstand eine sektiererische Linie entwickle, zurück und machte noch mal deutlich, dass eine Entscheidung zur Bundestagswahl eine bundesweite Entscheidung ist, die diesmal sogar mit einem langen Vorlauf der Diskussion, frühzeitig vom höchsten Gremium der Partei, dem Parteitag, getroffen worden ist.

Es diskutierten danach rund 20 Teilnehmer – allerdings kaum mit, sondern gegeneinander. Die Fronten waren absolut verfestigt. Am Ende stand wohl auf beiden Seiten Ratlosigkeit.

Im Beschluss der 6. PV-Tagung haben wir festgehalten, ab jetzt die Grundorganisationen in Rheinland-Pfalz und Südbayern direkt in den Informationsfluss des PV aufzunehmen. Das scheint mir nach beiden Beratungen richtig.

Über weitere Maßnahmen wollen wir nach dieser Tagung in Auswertung der Treffen beraten. In der Debatte auf der 6. PV-Tagung ging es auch um die Auflösung der Bezirke, die die Vorsitzenden in ihrem Antrag für den Fall vorgeschlagen hatten, dass es zu keinen Annäherungen kommt. Der Parteivorstand hatte diese Maßnahme als Option nicht grundsätzlich abgelehnt, aber nicht beschließen wollen, ohne die Gespräche geführt zu haben.

In Rheinland-Pfalz zeichnet sich aus meiner Sicht ein Weg ab, der darauf setzt, die Gräben in der gemeinsamen Aktion zu überwinden und die

Sprachlosigkeit von unten aufzubrechen. Das ist der erklärte Wille der meisten GenossInnen, die an der Beratung teilgenommen haben. Ein solcher Weg scheint für Südbayern momentan nicht möglich.

Daher hat Patrik auf Nachfrage zu Recht gesagt, er könne eine Auflösung des Bezirks nicht ausschließen. Es ist auch nicht seine Entscheidung, sondern wäre eine des Parteivorstandes.

Kommunisten.de

Um die Berichterstattung komplett zu machen: Die 6. PV-Tagung hat auch einen Beschluss zum Internetportal kommunisten.de gefasst. Der PV hat die Redaktion aufgefordert, einen internen Debattenbeitrag aus Baden-Württemberg von der Seite zu nehmen und künftig auf die Veröffentlichung interner Debattenbeiträge zu verzichten. Unser Schreiben blieb unbeantwortet. Der Beitrag aus Baden-Württemberg steht noch auf der Seite. Nun steht auch der Bericht aus Südbayern mit der Schlagzeile „Köbele schließt die Auflösung des Bezirks nicht aus“ dort.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es war richtig und wichtig, diese Gespräche zu führen und einen weiteren Versuch zu unternehmen, die Parteiauseinandersetzung wieder in Bahnen zu lenken, in denen sie produktiv geführt werden kann und somit administrative Maßnahmen verhindert werden können. Es ist nicht so, dass da irgendwer von uns drauf steht. Wir müssen jeden Versuch unternehmen, das Auseinanderdriften zu stoppen und rückgängig zu machen und alle mitzunehmen, die das wollen.

Wir sind der Meinung, dass Hebel dafür die gemeinsame Debatte in Vorbereitung des 22. Parteitages und die gemeinsame Praxis sein können.

Die Debatte um die antimonopolistische Strategie hat keinen glücklichen Anfang genommen und muss organisiert und versachlicht werden. Dazu haben wir gestern einen Beschluss gefasst und eine Redaktionsgruppe gewählt.

Wir haben Fehler gemacht. Es wäre richtig gewesen, wenn der Parteivorstand einen ersten kollektiven Aufschlag in der UZ gemacht hätte, um die Debatte zu eröffnen. Allerdings wisst ihr alle, dass sie auf news.dkp bereits länger läuft. Wir brauchen die Debatte um unser konkretes Handeln in der jetzigen Etappe und deren konkrete Bestimmung. Wir brauchen eine Übersetzung, was antimonopolistische Strategie heute konkret für die Partei an Handlungsorientierung bedeutet.

Die gemeinsame Praxis bedeutet die Rückkehr zur Beschlussverbindlichkeit. Das bezieht ein tieferes Nachdenken, wie Beschlüsse kollektiver in der Partei erarbeitet und diskutiert werden, mit ein. Die Partei hat durch ihre geschwächten Strukturen Probleme, Debatten von unten nach oben und umgekehrt in bestimmten Zeiträumen zu führen. Oft fehlen die Zeit und das Organisieren der Debatte. Das trifft aber auf den Beschluss zur Bundestagswahl nicht zu.

Wenn es um die gemeinsame Debatte und das gemeinsame Handeln geht, sehen wir das Netz-

werk im Widerspruch dazu. Wir sind der Meinung, dass das Aufrechterhalten des Netzwerkes in seiner jetzigen Form nicht akzeptiert werden kann und erwarten hier klare Signale. Das schließt auch unsere Bereitschaft ein, solche Wege zu öffnen und unnötige Zuspitzungen zu vermeiden.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine konstruktive Debatte und durchaus auch konkrete Vorschläge, wie wir weiter verfahren sollten – möglichst unter der Berücksichtigung, dass wir bereits Beschlusslagen haben.

8. Tagung des Parteivorstands der DKP 25./26. März 2017, Essen

Beschlüsse

Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen der saarländischen Krankenhäuser

Liebe Kolleginnen und Kollegen der saarländischen Krankenhäuser!

Die Deutsche Kommunistische Partei sendet Euch von Herzen solidarische Grüße.

Mit Eurer Bewegung und Eurem Streik für einen Tarifvertrag, Entlastung und der Forderung nach mehr Personal setzt Ihr ein Zeichen, das weit über das Saarland hinaus gesehen wird.

Mit Eurem Streik als starke Antwort auf die Verweigerung der Arbeitgeber, endlich mit Euch zu verhandeln, macht Ihr tausenden Kolleginnen und Kollegen Mut! Wir sind zuversichtlich, dass viele Eurem Vorbild folgen werden!

Mit der Ökonomisierung des Gesundheitswesens haben sich die Arbeitsbedingungen für Euch drastisch verschlechtert. Konkurrenz und Kostendruck haben zu einem Personalabbau geführt und die Auswirkungen bekommt Ihr nun täglich zu spüren. Und nicht nur die Beschäftigten selbst leiden unter diesen Umständen, der Personalmangel gefährdet die Patientinnen und Patienten. Euer Kampf für Entlastung ist gleichzeitig der Kampf für eine gute Gesundheitsversorgung für alle.

Jede und Jeder von uns kann krank werden und die Gewährleistung einer guten und menschenwürdigen Behandlung geht uns alle an. Deswegen ist Euer Kampf auch unser Kampf und wir stehen solidarisch an Eurer Seite und werden Euch nach Kräften unterstützen!

Glückauf!

DKP-Parteivorstand

(einstimmig angenommen)

Erste konzeptionelle Überlegungen zum 22. Parteitag

1. Vorbehaltlich des Einberufungsbeschlusses findet der 22. Parteitag am 3./4. bzw. 2./3./4. März 2018 in Frankfurt/Main statt.

2. Grundsätzliche Aufgaben des Parteitags sind:

- a. Eine Analyse der internationalen und nationalen Entwicklungen, der Lage der Arbeiterklasse vorzunehmen und die politischen Rahmenbedingungen einzuschätzen
- b. Bilanz der Arbeit der vergangenen Periode zu ziehen
- c. Die programmatische Strategie (Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt – antimonopolistische Strategie hin zu einer Übergangsphase der Heranführung an die proletarische Revolution – proletarische Revolution – Aufbau des Sozialismus) zu bekräftigen und zu konkretisieren
- d. Eine Wende zur Stärkung der Partei einzuleiten
- e. Die fraktionelle Zuspitzung der Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und Formen der Weiterführung der Debatte ohne Fraktionsbildung zu finden
- f. Beschlüsse für die politische Arbeit der kommenden Periode zu fassen
- g. Das Statut zu verändern, um die Problematik der Parteitagsdelegierung zu korrigieren
- h. Eine neue Führung zu wählen

3. Ausgangssituation der Partei

Der Parteitag findet in dem Jahr statt, in dem sich die Gründung der DKP zum 50. Mal und die Gründung der KPD zum 100. Male jährt. Beide Anlässe sollen und müssen beim Parteitag eine Rolle spielen, sie begründen die Traditionslinie der Partei und sind für ihre heutige Identität prägend.

Die DKP hat sich mit dem 20. und 21. Parteitag deutlich zum Festhalten an ihrer Imperialismus- und Parteitheorie bekannt. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Partei in einer anhaltenden strukturellen Krise befindet; die ständige Abnahme der Mitgliederzahlen ist dabei der konkrete Ausdruck einer politischen Schwäche, die Klasse zu formieren und dabei als Partei zu erstarben. Ihre strukturelle Krise ist Ausdruck einer politischen Lähmung der Partei im Rahmen der Parteiauseinandersetzung. Die organisatorische Schwäche hat dabei Tendenzen in der Partei befördert, innerparteiliche Konflikte im Abstrakten zu diskutieren, sie nicht wieder zurückzuführen auf die Aufgaben der Partei in den aktuellen Klassenkämpfen. Diese Art der innerparteilichen Formierung und Diskussion lähmt die Partei mittlerweile (diese Art der Diskussion, nicht eine Diskussion).

Gleichzeitig hat die Partei an vielen Orten wieder Selbstbewusstsein gewonnen, im wahrsten Sinne des Wortes ist das Bewusstsein von der Notwendigkeit der kommunistischen Partei gewachsen und damit auch die Bereitschaft, offensiver in die Öffentlichkeit zu gehen. Allerdings zeigt sich, dass die Partei auch vieler notwendiger Dinge entwöhnt ist und praktische Erfahrungen zum Teil verschüttet oder „weggestorben“ sind. Das erleben wir z.B. in der Schwierigkeit, eine kontinuierliche Bildungsarbeit in den Gruppen wieder zu etablieren. Das haben uns Holprigkeiten in der organisatorischen Absicherung der Landeslisten etc. gezeigt.

Das Fazit: Die Partei braucht eine Orientierung in der Frage, „wo sie heute steht“. Wir brauchen eine Etappenbestimmung im Rahmen der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die durch die Oktoberrevolution eingeleitet und durch die Konterrevolution 89/90 nicht aufgehoben wurde. Und wir brauchen eine organisationspolitische Analyse der Partei.

Entlang der Etappenbestimmung müssen die Aufgaben und Maßnahmen zur weiteren Stärkung (in manchen Regionen: zum Parteiaufbau) bestimmt werden. Eine organisatorische Stärkung (nicht nur „mehr Mitglieder“, sondern handlungsfähige Grundeinheiten in Wohn- und Betriebsbereichen) sind zwingende Notwendigkeiten, um handlungsfähig zu werden und das Parteiprinzip der Einheit von Theorie und Praxis wieder zu beleben.

4. Politische Grundlinie des 22. Parteitags

Daraus ergibt sich, dass, nach nun drei nach theorielastigen Parteitagen sehr viel stärker auf die Einheit von Theorie und Praxis beim Parteitag und seinem/n zentralen Dokument(en) geachtet werden muss.

Der 22. Parteitag soll die Partei auf eine Stärkung der Partei orientieren. Dabei geht es nicht um Euphorie und es geht um eine umfassende Stärkung der Partei:

- Gewinnung neuer Mitglieder
- Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse
- Stärkung der Grundorganisationen
- Orientierung auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
- Orientierung auf Sammelbetriebsgruppen
- Gewinnung von jungen Mitgliedern
- Stärkung unserer Strukturen in den schwachen Gebieten (vor allem im Osten, aber auch z.T. Im Westen (SH, RH-Pf))
- Stabilisierung und Stärkung der Leitungen
- Verbesserung der Bildungsarbeit mit den Schwerpunkten Grundlagenschulung und Kaderschulung
- Klarheit über unsere Strategie in der aktuellen politischen Situation
- Klarheit über unser Parteiverständnis

Dazu wird eine organisationspolitische Bestandsaufnahme vorgenommen.

Der 22. Parteitag soll die Partei befähigen, in Klassenkämpfen auf der Höhe der Zeit eingreifen zu können. Dazu bedarf es einer grundsätzlichen Einordnung, in welcher Etappe wir uns heute befinden. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, die Besonderheiten der heutigen Etappe zu bestimmen. Die neueren politischen Entwicklungen der letzten zwei Jahre müssen darin bereits aufgehoben sein. Dabei wird von einer Etappenbestimmung im Rahmen der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und somit auf Grundlage der allgemeinen Gültigkeit der Leninschen Imperialismustheorie ausgegangen.

Für die grundsätzliche Einordnung können wir auf die programmatischen Debatten unserer Partei und der kommunistischen Weltbewegung zurückgreifen.

Deren Grundgerüst besteht aus:

- Der Theorie des StaMoKap, d.h. der Anwendung der Leninschen Imperialismustheorie und der Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf die heutige Zeit. Sie geht von einer zunehmenden Verschmelzung zwischen Monopolen und Staat aus, in der beide eine widersprüchliche Einheit bilden. Insbesondere gewährleistet der Staat die Aufrechterhaltung eines Monopolprofits und schafft durch eigene – im sehr weitgehenden Sinne: wirtschaftspolitische – Tätigkeit neue Anlagemöglichkeiten für überschüssiges Kapital (vgl. Überakkumulation des Kapitals).
- Der antimonopolistischen Strategie, d.h. der grundsätzlichen Bestimmung des Monopolkapitals als Hauptgegner und der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt im Kampf um den Sozialismus, der darauf basierenden Bestimmung möglicher Bündnispartner in den nicht-monopolistischen Klassen und Schichten, sowie der Kampf um Übergangsforderungen.

Die Besonderheiten der heutigen Etappe sind von der anhaltenden Offensive des Monopolkapitals bestimmt, die mit der „neoliberalen Wende“ in den 1970er Jahre begann und die einen vorläufigen Höhepunkt in der Zäsur von 1989/91 hatte. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007ff. verdichten sich die Anzeichen dafür, dass auch die „neue Weltordnung“ unter unangefochtener Vorherrschaft der USA, die seit der Konterrevolution in den sozialistischen Staaten bestand, in eine Krise geraten ist.

Die Differenzen zwischen den imperialistischen Mächten nehmen nach der ersten Neuverteilung des sozialistischen Restbestandes enorm zu. Der Faktor der innerimperialistischen Konkurrenz ist viel stärker ausgeprägt als jemals nach 1945.

Die Aggressivität des Imperialismus wächst.

Der deutsche Imperialismus hat in und mit der EU einen großen Machtgewinn zu verbuchen.

Es ist daher die Aufgabe des Parteitag, die wesentlichen Neuerungen im Verhältnis zwischen Monopolbourgeoisie auf der einen Seite und der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten auf der anderen auf internationaler und nationaler Ebene zu erfassen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Fragen:

- Was sind die wesentlichen Faktoren zur Bestimmung des Stamokap heute? Wie ordnet sich die Rolle der deutschen Monopolbourgeoisie darin ein? Was sind die wesentlichen Zielsetzungen der transnational agierenden Monopolbourgeoisie, um sich im internationalen innerimperialistischen Konkurrenzkampf zu behaupten und durchzusetzen?
- Wie erhält die deutsche Monopolbourgeoisie ihre Monopolprofitraten aufrecht? In welchen Bereichen der Gesellschaft wird die Ausbeutung intensiviert und geschieht dies? Inwieweit ist die Arbeiterklasse, inwieweit sind mögliche Bündnispartner (=nicht-monopolistische Klassen und Schichten) betroffen?
- Welche Aussagen können wir zu Produktivkraftentwicklung treffen?
- Den Bewusstseinsstand der deutschen Arbeiterklasse und möglicher Bündnispartner (=nicht-monopolistische Klassen und Schichten) einzuschätzen – also die ideologischen Kräfteverhältnisse.
- Wie lässt sich erklären, dass trotz steigender Ausbeutung und Umverteilung von unten nach oben eine starke „sozialpartnerschaftliche“ Einbindung wesentlicher Teile der Arbeiterklasse besteht?
- Die Rolle des deutschen Imperialismus als Führungsmacht der EU einzuschätzen, mit Schwerpunkt auf der Frage: In welcher Art und Weise nutzt die deutsche MB die EU als Werkzeug zur Erhöhung der Monopolprofitraten auf Kosten anderer EU-Länder bzw. auf Kosten nichtmonopolistischer Schichten und Klassen in Deutschland?
- Der Entwicklung von kurz-, mittel und langfristigen Forderungen für den Kampf um Frieden, um die sozialen und demokratischen Rechte entwickeln müssen. Hier muss die Frage der EU, der Kämpfe und der Perspektive eingeordnet werden. Die kurz- und mittelfristigen Forderungen werden den Charakter haben

müssen, die Arbeiterbewegung, die Kräfte des Fortschritts, des Kampfes um Frieden und des antifaschistischen Kampfes aus der Defensive herauszuführen. Die mittel- und langfristigen Forderungen müssen nachvollziehbar sein und gleichzeitig an die Grenzen der Realisierbarkeit in der Situation des staatsmonopolistischen Kapitalismus im imperialistischen Stadium des Imperialismus heranführen.

- Was sind die Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse?

Diese Einschätzungen sind im Rahmen der Parteitags-Vorbereitungen im Detail auszuarbeiten und breit zu diskutieren.

Von der Etappe her befinden wir uns in einer Phase der Offensive des herrschenden staatsmonopolistischen Kapitalismus. Es geht heute darum, Abwehrkämpfe gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau zu entwickeln.

Dabei sind Bündnisse zu entwickeln, deren Kern die Aktionseinheitspolitik der Arbeiterklasse bilden muss.

In diesen Kämpfen muss Selbstbewusstsein, Klassenbewusstsein entwickelt werden. Dazu gehört zwingend Internationalismus.

Erst das kann die Grundlage legen, um aus dieser Defensive mittel- und langfristig zur Offensive zu kommen, das Kräfteverhältnis positiv zu beeinflussen. Das steckt hinter der strategisch/programmatischen Formulierung der „Wende zu sozialem und demokratischen Fortschritt“. Bei einer heutigen Formulierung eines solchen strategischen Kampfziels ist ggf. die Frage Krieg und Frieden höher zu gewichten „Wende zu einer Politik der Abrüstung, des sozialen und demokratischen Fortschritts.“

5. Für die Erarbeitung eines entsprechenden Dokuments/Antrags wird eine Autorengruppe berufen.

Sie besteht aus Patrik K. (Leiter), Beate L., Thomas L., Lucas Z., Hans-Peter B., Männe G., ggf. Pablo G. (?)

6. Für die Entwicklung der organisationspolitischen Analyse wird eine Arbeitsgruppe gebildet

Sie wird geleitet von Wera R., weitere Genossinnen und Genossen werden durch das Sekretariat des PV berufen.

(bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen)

Dauer des 22. Parteitages

Der Parteivorstand beschloss einen dreitägigen Parteitag, der am Freitag, den 2. März 2018 um 15 Uhr beginnt und am Sonntag, den 4. März 2018 um 15 Uhr endet. Ein entsprechender Zeitplan wird erstellt.

(einstimmig angenommen)

Einberufung des 22. Parteitages der DKP

Die 8. Tagung des Parteivorstandes der DKP beschließt, den 22. Parteitag der DKP für die Zeit vom 2./3./4. März 2018 einzuberufen. Er soll in Frankfurt/Main stattfinden.

Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag folgende vorläufige Tagesordnung vor:

- Eröffnung und Begrüßung
- Konstituierung
- a) Referat
- b) Diskussion zu:
 - Referat
 - Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes
 - Bericht der Revisionskommission
 - Finanzbericht
- Entlastung des Parteivorstandes
- Beratung und Beschlussfassung von Anträgen und EntschlieÙungen
- Wahlen
- Schlusswort

Delegierte

- Entsprechend dem Statut werden die Delegierten zum 22. Parteitag auf Kreismitgliederversammlungen bzw. Kreisdelegiertenkonferenzen (Kreis-konferenzen) gewählt.
- Die Mitglieder der Parteigruppen, die keiner Kreisorganisation angehören, werden auf Bezirks- bzw. Landesebene vom Vorstand zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung eingeladen, auf der die Delegierten entsprechend des Delegiertenschlüssels gewählt werden. Bei Durchführung einer Bezirks- bzw. Landesmitgliederversammlung kann die Wahl auch in deren Rahmen durch die betroffenen Mitglieder in einem vorgezogenen gesonderten Wahlgang durchgeführt werden.
- Weitere Delegierte werden auf Bezirksmitgliederversammlungen bzw. Bezirksdelegiertenkonferenzen (Bezirkskonferenzen) gewählt. Die zu wählende Delegiertenzahl entspricht einem Drittel der von den Kreisorganisationen und den Konferenzen der kreisfreien Mitglieder gewählten Delegierten.

Für die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt, in denen keine Bezirks- oder Landesorganisationen bestehen, werden die Delegierten entsprechend dem Delegiertenschlüssel – mindestens aber drei Delegierte – auf Landesmitgliederversammlungen gewählt, die vom Parteivorstand in Zusammenarbeit mit den Koordinierungsräten einberufenen und vorbereitetet werden.

Für angefangene 35 Mitglieder wird ein/e Delegierte/r gewählt, für jede weiteren, angefangenen 35 Mitglieder ein/e weitere/r Delegierte/r.

Die Delegiertenzahl errechnet sich aus den abgerechneten Mitgliedern der Kreise bzw. der nicht einer Kreisorganisation angehörenden Mitglieder entsprechend der oben genannten Regelung. Diese ergeben sich aus den Abrechnungen der Bezirke. Dabei wird der Durchschnitt der Mitgliederzahlen der Abrechnungen der Quartale 4 des Jahres 2016 und 1 des Jahres 2017 zugrunde gelegt.

Es werden Ersatzdelegierte gewählt. Diese werden dann am Parteitag teilnehmen, wenn die/der gewählte Delegierte aus zwingenden Gründen ihr/sein Mandat nicht wahrnehmen kann. Die entsprechende Reihenfolge der Nachrücker wird durch die entsprechenden Konferenzen festgelegt.

- Bei den Delegiertenwahlen sind die Bestimmungen des Statuts zur Quotierung zu berücksichtigen.

Die Mitglieder des Parteivorstandes, der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission, die nicht als ordentliche Delegierte gewählt wurden, sind teilnahmeberechtigt. Sie haben Rederecht, aber kein Antrags- und Stimmrecht.

Anträge

Antragsberechtigt sind die Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen, die Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen auf Kreis- bzw. Bezirksebene, der Parteivorstand, die Zentrale Revisionskommission und die Zentrale Schiedskommission.

Anträge an den 22. Parteitag sind bis zum 25. Dezember 2017 beim Parteivorstand der DKP, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, schriftlich einzureichen. Es wird um Übermittlung per E-Mail gebeten.

Arbeitsgruppen und Kommissionen der Partei können nur Anträge an die jeweiligen Vorstände, in deren Bereich sie arbeiten, stellen, mit der Bitte, sie als Anträge über die Parteikonferenzen an den Parteitag zu stellen.

Parteiwahlen in Vorbereitung des 22. Parteitages der DKP

In Vorbereitung des 22. Parteitages der DKP finden auf allen Ebenen – Grundorganisationen, Kreisorganisationen, Bezirks- bzw. Landesorganisationen – Mitgliederversammlungen bzw. Konferenzen statt. Entsprechend dem Statut wird dort Rechenschaft gegeben, die Aufgaben der nächsten Zeit beraten, Anträge an die jeweiligen Konferenzen auf den nächsthöheren Ebenen und an den Parteitag beraten und die Wahlen zu den Leitungsgremien durchgeführt.

Die **Parteiwahlen** sollen einheitlich in der DKP stattfinden, und zwar:

- **In den Grundorganisationen bis zum 16. Oktober 2017.**
Über das Ergebnis der Neuwahl des Gruppenvorstandes bzw. der Sprecher/innen wird ein Protokoll angefertigt, welches dem Kreis-, Bezirks- und Parteivorstand übergeben wird.
- **In den Kreisen bis zum 20. November 2017.**
Die Kreiskonferenzen wählen ihre Delegierten zum Parteitag. Über das Ergebnis der Wahl der Gremien für die Kreisorganisation und der Delegierten zum Parteitag wird ein Protokoll angefertigt, welches dem Bezirks- und dem Parteivorstand übergeben wird.
- **In den Bezirken und Landesorganisationen bis zum 18. Dezember 2017.**
Die Bezirks- bzw. Landeskonferenzen wählen entsprechend dem Delegiertenschlüssel eine solche Zahl von Parteitagsdelegierten, die einem Drittel der von den Kreisorganisationen und den Mitgliederversammlungen der nicht Kreisorganisationen angehörenden Mitglieder gewählten Delegierten entspricht. Über die Ergebnisse der Wahlen für den Bezirksvorstand, die Bezirksrevisionskommission und Bezirksschiedskommission und die Delegierten wird ein entsprechendes Protokoll angefertigt.

Die Meldung der gewählten Delegierten an den Parteivorstand erfolgt mit vollständiger Adresse und – wenn vorhanden – Mailadresse bis zum 25. Dezember 2017. Deutlich gemacht wird ebenfalls, wie im Falle einer Nichtteilnahme einer/eines Delegierten die Ersatzdelegierten nachrücken.

Gäste zum Parteitag

Die Frage der Einladung von nationalen und internationalen Gästen wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Für die Teilnahme von Gästen aus der Partei erhalten die Bezirke und Landesorganisationen Kontingente entsprechend ihrer Mitgliederstärke.

Finanzierung

Der Parteitag finanziert sich durch die Beiträge der Delegierten, der entsendenden Gliederungen und durch Spenden. Eine entsprechende Spendenkampagne zur Finanzierung des Parteitages wird organisiert. Dem Parteivorstand wird ein Finanzrahmenplan durch die Finanzkommission vorgelegt. In diesem werden der konkrete Delegiertenbeitrag und die eventuelle Beteiligung der Bezirks- bzw. Landesorganisationen vorgeschlagen.

(einstimmig angenommen)

Zur Fortsetzung und Qualifizierung der Strategiediskussion im Vorfeld des 22. Parteitags der DKP

Die von der 8. PV-Tagung einberufene Arbeitsgruppe zur Erstellung des Entwurfs eines Leitantrags des 22. Parteitags zur Strategie der DKP wird damit beauftragt, gemeinsam mit der Bildungskommission des PV den bereits laufenden parteiweiten Diskussionsprozess zur Strategie der DKP zu strukturieren, zu qualifizieren und auf die notwendige Verbindung der Diskussion mit den konkreten praktischen Herausforderungen und Aufgaben der DKP zu orientieren.

Dazu werden folgende Einzelmaßnahmen beschlossen:

1. Durchführung einer zentralen theoretischen Konferenz zum Thema „Die antimonopolistische Strategie der DKP und der Kampf um eine sozialistische Alternative heute“ zwischen Anfang November 2017 und Ende Januar 2018.

Nach dem und in Auswertung des 22. Parteitages wird es eine weitere Konferenz zum Thema „Aktuelle Arbeiter- und Klassenkämpfe und die Orientierung der DKP auf eine Wende zu einer Politik des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts“ geben.

Die Arbeitsformen der Konferenzen sollen in einer Kombination von Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen möglichst vielen Teilnehmern/-innen eine aktive Mitgestaltung der Debatte ermöglichen.

Verantwortlich: Patrik K./ Hans-Peter B./ Olaf H.

2. Die Bildungskommission wird beauftragt, zur inhaltlichen Flankierung der Diskussion einen Reader zur Strategiedebatte zu erstellen und die Diskussion in den Parteigruppen mit Referenten zu unterstützen.

Verantwortlich: Hans-Peter B.

3. Zur Systematisierung und Qualifizierung der Parteidebatte in der UZ bzw. auf news.dkp.de wird eine Arbeitsgruppe berufen, die gemeinsam mit den Redaktionen die Diskussion inhaltlich und formal strukturieren und eine gemeinsame Diskussionstribüne von UZ und Nachrichtenportal organisieren soll.

Verantwortlich: Hans-Peter B. (Leitung), Jürgen B., Lothar G., Michael G., Renate K., Lucas Z.

4. Als Auftaktbeitrag der Diskussionstribüne wird eine Zwischenbilanz der bisherigen Diskussion und eine Skizzierung der wichtigsten offenen Fragen aus der Diskussion erarbeitet.

Verantwortlich: Patrik K./Hans-Peter B.

(einstimmig angenommen)

Begründung:

Die sichtbar gewordenen offenen Fragen in der laufenden Strategiedebatte, die neben einem hohen Maß an grundlegender Übereinstimmung in den Grundlinien der antimonopolistischen Strategie auch ein großes Bedürfnis nach weiterer Vermittlung der Strategie und ihrer Aktualisierung und zugleich auch etliche Missverständnisse und Fehlinterpretationen der Entstehung und Inhalte der antimonopolistischen Strategie ausdrücken, sollen in einem kollektiven und solidarischen Diskussions- und Erfahrungsaustausch beraten und geklärt werden. Dabei sollen die Einheit von wissenschaftlicher Theorie und politischer Praxis und auch die Verbindung von innerparteilichen Klärungsprozessen und nach außen gerichteten Diskussionsangeboten als übergeordnete Zielsetzungen gelten.

Die Strategiediskussion soll in enger Verbindung mit dem Entwurf des Leitantrages weitergeführt werden und zu seiner weiteren Qualifizierung führen. Die theoretischen Klärungsprozesse sollen letztlich zur Verbesserung der politischen Praxis, zur Erhöhung der Handlungskompetenz der Partei und zu ihrer Festigung als einer revolutionären Kampfgemeinschaft führen.

Wie bedeutsam diese Übereinstimmung für die Entwicklung der Partei, aber auch der politischen Entwicklung der Arbeiterklasse insgesamt ist, wird gerade im Jahr des 100. Jahrestags der Oktoberrevolution wie-

der ins Bewusstsein gerückt. Ohne die Übereinstimmung in der Leninschen Konzeption der Weiterführung der Klassenkämpfe und ihrer Heranführung und Überleitung an den revolutionären Bruch mit dem System von Krieg und kapitalistischer Ausbeutung wäre der erste Ausbruch aus dem Kapitalismus nicht gelungen. Dabei ist der entscheidende Gradmesser für die Entwicklung der kommunistischen Strategie und Taktik die Unterstützung, Weiterführung und Fortentwicklung des alltäglichen betrieblichen und ökonomischen „Guerillakrieges zwischen Kapital und Arbeit“ (K. Marx: Instruktionen für die Delegierten des Zentralrats, MEW 16, S. 197). Denn nur durch eine stärkere Verankerung und Präsenz der DKP in Betrieben, Verwaltungen, Betriebs- und Personalräten, in Vertrauensleutekörpern und anderen Organisationsstrukturen und in anderen zentralen Lebensbereichen der Werktätigen sowie durch eine aktive Mitwirkung an einer an den Klasseninteressen orientierte Gewerkschaftsbewegung werden die strategischen Überlegungen der Kommunistinnen und Kommunisten ihre Wirksamkeit entfalten.

Wie schon bei der kollektiven Vorbereitung der beiden letzten Parteitage soll die Diskussion über die Strategie und über den Entwurf des Leitantes durch eine Kombination von lokalen und zentralen Diskussionsveranstaltungen und Konferenzen erfolgen.

Kandidatur der DKP zur Bundestagswahl 2017

Der 20. Parteitag der DKP hatte bei 28 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen beschlossen, dass die DKP „um einen flächendeckenden Wahlantritt mit Landeslisten“ kämpft. Die Delegierten beschlossen zusätzlich, diese Eigenkandidatur zu einem geeigneten Zeitpunkt vor den Bundestagswahlen ausgehend von der Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen und den Entwicklungen in der Partei Die Linke noch einmal zu überprüfen.

Der Parteivorstand hat sich auf den vorangegangenen Tagungen mehrfach mit den politischen Bedingungen unseres Antritts zur Bundestagswahl befasst und stellt heute nach nochmaliger Überprüfung fest, dass die Entscheidung für die Eigenkandidatur der DKP zu den Bundestagswahlen 2017 auch angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen richtig ist.

Begründung: Siehe Referat der 8. PV-Tagung

(angenommen bei 1 Gegenstimme)

Landesorganisation der DKP in Thüringen

Der Parteivorstand bestätigt die Gründung einer Landesorganisation der DKP in Thüringen.

(einstimmig angenommen)

Delegierung zur Vier-Parteien-Konferenz

Der Parteivorstand delegiert folgende Genossinnen und Genossen zur 12. Vier-Parteien-Konferenz (1. und 2. April 2017 in Münster):

Gianna H., Sonja K., Antje P., Gudrun S., Jule W., Richard H., Manfred I., Patrik K., Günter P., Lucas Z.

(einstimmig angenommen)

Delegierung zum Parteitag der Kolumbianischen KP

Der Parteivorstand delegiert den Genossen Günter P. zum 22. Parteitag der Kolumbianischen KP (PCC) (13. bis 16. Juli 2017)

(einstimmig angenommen)

Delegierung zum Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien

Der Parteivorstand delegiert die Genossen Patrik K. und Günter P. zum 19. Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien am 2. und 3. November 2017 in St Petersburg.

(einstimmig angenommen)

Aufnahme von Parteibeziehungen mit der PdA Österreichs

Der Parteivorstand beschließt die Aufnahme offizieller Beziehungen zur Partei der Arbeit Österreichs.

(einstimmig bei 2 Enthaltungen angenommen)

Weitere Materialien

Das Konzept des Wahlkampfes der DKP zur Bundestagswahl 2017 muss überarbeitet werden.

Unsere Aufgabe im Wahlkampf ist es, darauf hinzuweisen,

- dass die Ursachen von Krieg und Armut im kapitalistischen System – in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen – liegen, die erst in einer sozialistischen Gesellschaft beseitigt werden können,
- dass es dennoch notwendig ist, heute für Frieden, gegen weiteren Sozial- und Demokratieabbau, für Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse zu kämpfen,
- dass wir den Kampf „um das Teewasser“ mit dem Kampf um Sozialismus verbinden.

Wir sollten außerdem die Funktion des bürgerlichen Parlamentarismus deutlich machen und der verbreiteten Illusion entgegentreten, dass mit einem Regierungswechsel eine andere Politik verbunden sei – entsprechend der Losung:

Ob Schulz, ob Merkel, ganz egal,
in Deutschland herrscht das Kapital

Außerdem muss die Kritik an der von der BRD dominierten EU mehr Gewicht erhalten.

Wir halten die folgenden zentralen Aussagen für geeignet, dies zu leisten:

- Wir benennen, wer die Verursacher und Nutznießer von Krieg und Sozialabbau sind. (Bsp.: unsere Oligarchen. Zitate, wer wofür steht, wer von Krieg profitiert).
- Unsere Spaltung (z.B. in Deutsche und Flüchtlinge) hilft den Verursachern von Krieg, Flucht & Sozialabbau.
- Mitregieren ändert nichts – nur unser gemeinsamer Widerstand!
- Die EU ist nicht reformierbar und ein Projekt der Herrschenden und dient vor allem dem deutschen Kapital zur Zerschlagung sozialer Errungenschaften der Arbeiterbewegung in allen Ländern der EU.

(angenommen als Arbeitsmaterial für die zentrale Wahlkampfleitung)

Rechenschaftsbericht 2014

Die Mitglieder des Parteivorstandes nahmen den Rechenschaftsbericht 2014 an das Bundestagspräsidium zur Kenntnis.
